

Dußlingen, den 12.Feb. 2020

Sehr geehrte Bürgermeisterinnen, sehr geehrte Bürgermeister,
liebe Stadt- und Gemeinderäte /-innen,
liebe Familien im Landkreis!

Laut Bundesgesetz vom Aug. 2013 gibt es den verbindlichen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung (ohne zuverlässig zu regeln, wer die Kosten übernimmt.) Die Folge ist eine enorme Belastung für die Kommunen. Dazu kommt voraussichtlich bald noch der Rechtsanspruch auf Ganztages-Grundschulbetreuung.

Diese schwierige finanzielle Situation bei uns und in vielen anderen Städten und Gemeinden kann langfristig auch nicht durch kommunale Steuererhöhungen ausgeglichen werden.

Zudem sehen wir auf Bundesebene ein soziales Ungleichgewicht bezüglich der Kostenübernahme des Bundes für Kindertageseinrichtungen.

Aus den Medien können wir vernehmen, dass die Bürgermeister/ -innen überschuldeter Städte und Gemeinden in Berlin dafür demonstrieren, dass ihre Altschulden vom Bund übernommen werden. In diesen Schulden stecken unter anderem die Aufwendungen für kostenlose Kinderbetreuung. Diese kostenfreie Kinderbetreuung wird letztlich durch den Länderfinanzausgleich auch von Baden-Württemberg mitfinanziert.

Beispiel Berlin: Krippe und Kindergarten sind beitragsfrei. In der Schule ist bis Klasse 6 das Mittagessen kostenlos, Schüler fahren im Nahverkehr kostenlos, die ersten beiden Hortjahre sind beitragsfrei.

Wir fordern auch für unsere Familien und Gemeinden in Baden-Württemberg eine kostenlose, länder- oder bundesfinanzierte Kinderbetreuung und somit eine Gleichstellung in Deutschland. Daher sollte auch für unsere Dußlinger Familien und für die Gemeinde ebenso eine Kostenübernahme durch Bund oder Land zu 100% erfolgen. Andere Kommunen sollten sich dieser Forderung anschließen.

Neben unserer Forderung einer besseren finanziellen Ausstattung der Gemeinden, ermuntern wir unsere Familien, ihre Kinderbetreuungskosten dem Finanzminister in Rechnung zu stellen.

Dieses Schreiben geht im ersten Schritt an alle Landkreise in Baden-Württemberg, anschließend in Bayern und in der Folge an alle Landkreise, in deren Kommunen Betreuungsgebühren erheben.

Wir hoffen auf Ihre Solidarität

Mit freundliche Grüße

Gemeinderatsfraktionen FWV, DWV, CDU

Kontakt:

Klaus Zürn, E-Mail: Klaus.Zuern@elektro-zuern.de,
Harald Müller, E-Mail: h.mueller@dwv-dusslingen.de,
Erich Seif, E-Mail: e.seif-dusslingen@t-online.de

Anlage: Musterrechnungsformular für Familien

Eine erdrückende Last

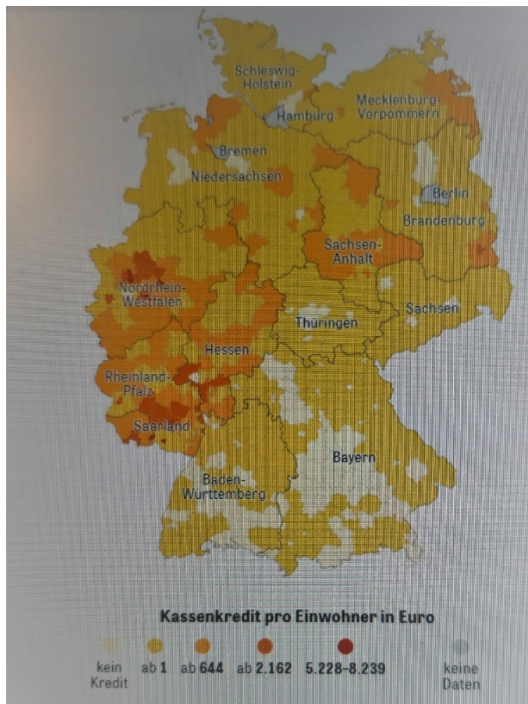
Etwa 2500 Kommunen gelten als so überschuldet, dass sie kaum oder nicht mehr investieren können. Der Bund will ihnen helfen.



Auf diesen Rekord würde Pirmasens liebend gern verzichten: Auf der Stadt in der Westpfalz lasten die höchsten Kassenkredite in ganz Deutschland. Jeder der rund 40 000 Einwohner steht mit 8239 Euro in der Kreide, und die Chancen, das schnell zu ändern, sind denkbar schlecht.

Seit Jahren das Konto überzogen

Seehofers Bericht zu ungleichen Lebensverhältnissen problematisiert die Altschulden vieler deutscher Gemeinden. Wir zeigen, wo die Belastung besonders hoch ist. Von **Simone Gaul** und **Julius Tröger**



Wo sind Kitas beitragsfrei:	Verschuldung:
Berlin	keine Angaben
Brandenburg	leicht Verschuldet
Bremen	keine Angaben
Hamburg	keine Angaben
Hessen	verschuldet
NRW	verschuldet
Niedersachsen	verschuldet
Rheinland-Pfalz	verschuldet
Sachsen-Anhalt	verschuldet
Thüringen	leicht verschuldet